

Angriffe gegen die »drei Mythen Nicaraguas«:

- Den Mythos »demokratische Revolution« hätten die Sandinisten durch Enteignungen, Pressezensur, Vertreibung von Dissidenten und durch Menschenrechtsverletzungen selbst zerstört.
- Die Aufrüstung Nicaraguas sei heute doppelt so hoch wie zu Somozas Zeiten; das Aggressionspotential sei weiter durch die Anwesenheit von 2 000 Kubanern und beständige Anlieferung von osteuropäischen Waffen gewachsen.
- Zudem destabilisiere Nicaragua die Region durch Waffenlieferungen nach El Salvador, indem honduranisches Territorium für Waffentransporte mißbraucht werde.

Demgegenüber zogen Kuba, Libyen und die Sowjetunion eine historische Parallele zwischen der heutigen Lage in Zentralamerika und der Situation Kubas im Jahre 1961, unmittelbar vor der Invasion in der Schweinebucht. Die Intervention der USA sei auch heute offensichtlich völkerrechtswidrig. In der Vergangenheit hätten die Vereinigten Staaten insgesamt 81mal gegen zehn lateinamerikanische Staaten Gewalt angewandt. Nunmehr müsse der Sicherheitsrat die USA und ihre Marionettenregierungen auffordern, die Aggressionsakte gegen Nicaragua zu beenden. Der sowjetische Vertreter warf Washington vor, einen nicht erklärten Krieg gegen das nicaraguanische Volk und seine Vertreter zu führen.

Die lateinamerikanischen Staaten nahmen in der darauffolgenden hitzigen Debatte zwischen den beiden Supermächten eine vermittelnde Rolle ein. Zwar ließen insbesondere Panama und Mexiko keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie die US-amerikanischen Destabilisierungsversuche gegenüber Nicaragua verurteilen. Sie drängten jedoch einmütig auf die in der »Contadora-Erklärung« vom 9. Januar 1983 vorgeschlagenen Verhandlungspunkte. Auf der Insel Contadora hatten die Außenminister Mexikos, Kolumbiens, Panamas und Venezuelas an alle Staaten Zentralamerikas appelliert, unter ihrer Vermittlung Verhandlungen und Gespräche zur Entspannung einzugehen und eine Basis dauernder friedlicher Koexistenz und gegenseitigen Respekts zu begründen. Mexiko erinnerte noch daran, daß die Duldung der Infiltration der Söldner von Honduras nach Nicaragua gegen die Resolution 2625 (XXV) der Generalversammlung (Text: VN 4/1978 S. 138 ff.) verstößt.

III. Demgegenüber verlief der zweite Teil der Mittelamerika-Debatte des Rates vom 9. bis zum 19. Mai 1983 — trotz der zwischenzeitlichen Intensivierung der Übergriffe der als »Contras« bekannten Gegner der sandinistischen Regierung, deren Attentate auf Zivilisten auch zur Ermordung des deutschen Arztes Pflaum geführt hatten — in vergleichsweise sachlicher Atmosphäre. Dies ist sicher zurückzuführen auf die wachsende Unterstützung für die Bemühungen der Contadora-Gruppe. Dennoch blieben die Positionen der unmittelbaren Konfliktparteien unvereinbar.

Honduras wies darauf hin, daß auf seinen Nicaraguas eine Mobilmachungszahl von 200 000 Bewaffneten, d. h. von insgesamt 10 vH der nicaraguanischen Bevölkerung, angestrebt werde. Diese würden zudem noch von etwa 6 000 ausländischen Militärexperten

unterstützt und den nur unzulänglich ausgerüsteten, zahlenmäßig geringen honduranischen Truppen entgegengesetzt.

Nicaragua hatte Anlaß, auf die gerade anlaufenden Frühlingsoffensiven der Contras mit ihren wahllosen blutigen Überfällen hinzuweisen. Außenminister d'Escoto Brockmann betonte nochmals seine Bereitschaft zu bilateralen Gesprächen mit Honduras, da Nicaragua durch die USA von honduranischem Territorium aus angegriffen werde.

Die Versuche von Honduras, das regionale Streitschlichtungsinstrumentarium der Organisation Amerikanischer Staaten heranzuziehen, stießen wie schon im letzten Jahr auf Ablehnung durch Nicaragua. Dieses betonte nochmals, daß Washington durch Nichtbestreiten die Finanzierung der Contras zugestanden habe.

Die westeuropäischen Staaten drängten ebenfalls auf eine Verhandlungslösung nach dem Contadora-Vorschlag. Ergänzend schlugen Frankreich und Großbritannien die Einschaltung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen vor. Für die Bundesrepublik Deutschland trug ihr Ständiger Vertreter van Well vor, jetzt bestehe Hoffnung, daß Nicaragua das Angebot einer Konferenz aller Staaten der Region aufgreife.

IV. Die Resolution 530 vom 19. Mai stellt sicher nur einen Minimalkonsens dar. Gleichwohl nahm Nicaragua die einstimmige Annahme als diplomatischen Erfolg und als ein Schuldanerkenntnis der USA auf, da der dritte Absatz der Präambel die Kriegsgefahr zwischen Honduras und Nicaragua ausdrücklich zur Kenntnis nimmt und die Verantwortlichkeit dafür offenlegt. Das veranlaßte den US-Vertreter, Nicaraguas Fehlinterpretationen als einen Versuch zu bezeichnen, die amerikanische Geduld und Toleranz auf die Probe zu stellen.

Jenseits aller Rhetorik zeichnet sich aber die Möglichkeit einer Verhandlungslösung auf der Basis der Contadora-Vorschläge ab. Das setzt allerdings voraus, daß dieser mühsam erzielte Kompromiß nicht durch einseitige Drohgebärden und Schlimmeres gegenstandslos wird. *Peter H. Rabe* □

Wirtschaft und Entwicklung

»InterAction«: Neuartige Initiative zur Förderung von Weltfrieden und Entwicklung — Gremium ehemaliger Staats- und Regierungschefs unter Vorsitz von Kurt Waldheim — Konkrete Vorschläge für 1984 erwartet (30)

Zwänge weltweiter Interdependenz

In der Wiener Hofburg wurde am 9. März 1983 eine neue internationale Initiative ins Leben gerufen, die in der Folge den Namen »Aktionsrat ehemaliger Regierungschefs für internationale Zusammenarbeit — InterAction« (InterAction Council of former Heads of Government) erhielt. Einberufen vom ehemaligen japanischen Regierungschef Takeo Fukuda in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Globalen Parlamentarierausschusses für Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen sowie von Bradford Morse, dem Administrator des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), nahmen bei der Gründungssitzung dieser Initiative noch fünf weitere Staatsmänner teil: Manea Manescu, Vor-

sitzender des Ministerrats Rumäniens von 1974 bis 1979, Hédi Nouira, Premierminister Tunesiens von 1970 bis 1980, Misael Pastana Borrero, Präsident Kolumbiens von 1970 bis 1974, Léopold Sédar Senghor, Präsident des Senegal von 1960 bis 1980, und Kurt Waldheim, Generalsekretär der Vereinten Nationen von 1972 bis 1981, der von der Gruppe zum Vorsitzenden des Aktionsrats bestimmt wurde. Helmut Schmidt, von 1974 bis 1982 Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, konnte an dem Treffen aufgrund anderer dringender Verpflichtungen nicht teilnehmen, erklärte sich aber vollinhaltlich mit dem am Ende der Wiener Tagung verabschiedeten Kommuniqué einverstanden und stimmte zu, die neue Initiative als Gründungsmitglied mitzutragen.

In diesem Kommuniqué brachten die Staatsmänner ihre tiefe Sorge über die gegenwärtige Situation der Welt zum Ausdruck wie auch über die künftige Entwicklung der Weltpolitik, sollten keine wirksamen Maßnahmen auf internationaler Ebene zur Förderung des Weltfriedens und der Entwicklung getroffen werden. Um daraus resultierenden potentiellen Gefahren entgegenzusteuern, beschlossen die in Wien versammelten Persönlichkeiten, noch im Jahre 1983 eine Gruppe von 20 bis 25 führenden Staatsmännern, die alle einmal in ihrem Lande höchste Verantwortung für die Regierungspolitik getragen haben, einzuberufen und als Aktionsrat zu konstituieren, um den Dialog über Fragen der Entwicklung und des Friedens auf höchster Ebene zu intensivieren, konkrete und praktikable Lösungsvorschläge zu den wichtigsten Problemen, denen die Menschheit heute gegenübersteht, herauszuarbeiten und ihre umgehende praktische Umsetzung voranzutreiben. Die aus der Initiative erwachsenden Vorschläge, die die Zwänge weltweiter Interdependenz voll in Rechnung stellen werden, sollen dann durch Missionen ausgewählter Mitglieder des Rates den Entscheidungsträgern in führenden Ländern von Nord und Süd sowie Ost und West direkt unterbreitet werden. Dies soll nicht nur durch Kontakte mit gegenwärtigen Regierungschefs geschehen, sondern vor allem auch durch gezielte Gespräche mit und Präsentationen vor einflussreichen Regierungsmitgliedern und -beamten, Parlamentariern, Vertretern der Medien, des Handels, der Wirtschaft und der Industrie, Gewerkschaftern und Repräsentanten nichtstaatlicher Organisationen. Es ist von vornherein klar, daß die aus diesem Vorgehen resultierenden Vorschläge Maßnahmen auf nationaler Ebene nicht ersetzen können und sollen, sondern allein auf den Nutzen abstellen werden, der allen Staaten aus verstärkter internationaler Kooperation in den ausgewählten Kernbereichen zugute kommen kann.

Der Aktionsrat wird dann etwa halbjährlich zusammentreten, um das Ergebnis seiner Bemühungen zu begutachten und eventuelle Anpassungen in seiner Schwerpunktsetzung vorzunehmen. Dieser flexible Ansatz soll es ihm erlauben, auf neue Entwicklungen relativ schnell zu reagieren und gegebenenfalls früheren Vorschlägen und Initiativen neuerlich Nachdruck zu verleihen.

Innovativer Ansatz

Dieser eben skizzierte Ansatz unterscheidet sich wesentlich von dem zahlreicher anderer Bemühungen, die im Verlauf der letzten Jahr-

zehnte zu Fragen der weltweiten Entwicklung und der Förderung des Friedens unternommen wurden. Unzählige Konferenzen, Studien- und Forschungsprogramme und eigens konstituierte internationale und unabhängige Expertenkommissionen kulminierten ausnahmslos in Resolutionen oder der Veröffentlichung von umfangreichen Berichten und Empfehlungen — mithin einem statischen *Produkt*. Dies und die Vielfalt und große Anzahl der Empfehlungen einzelner Publikationen, die sich nur selten auf fundamentale und vorrangige Maßnahmen konzentrierten, führte in den wenigsten Fällen dazu, daß sich auf internationaler Ebene ein Konsens über die erforderlichen politischen Entscheidungen herausbilden und entsprechende effektive Maßnahmen ohne großen Zeitverlust getroffen werden konnten. Viele Vorschläge verloren darüberhinaus an Aktualität, da sich zum Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung die Situation verändert hatte und notwendige Anpassungen nicht mehr vorgenommen werden konnten.

Der Aktionsrat dagegen versucht einen neuen Weg zu beschreiten, indem er mit Hilfe seiner aktionsorientierten Vorschläge auf die Inangsetzung eines politischen *Prozesses* sowohl auf internationaler als auch nationaler Ebene zielt, eine regelmäßige Überprüfung der Wirksamkeit seiner Aktivitäten vorsieht sowie als notwendig erachtete Anpassungen seiner Prioritäten und Modifikationen der Lösungsvorschläge ermöglicht und dadurch veränderten politischen Konstellationen Rechnung tragen kann. Diese Ausrichtung auf einen Prozeß und die Aktionsorientiertheit erlauben den Staatsmännern auch eine gezielte Auswahl der wirklich vordringlichen Entwicklungsprobleme, die bei Ausbleiben gezielter internationaler Maßnahmen den Weltfrieden zu gefährden drohen. Der Rat kann dadurch dem Zwang entgehen, einen Katalog aller als wichtig erachteten Fragen aufzustellen und entsprechende Aktionsvorschläge zu entwickeln. Das rollierende System erlaubt dem Rat vielmehr, verschiedene Probleme sukzessive und zu unterschiedlichen Zeitpunkten aufzugreifen, ohne daß er je ein allumfassendes, abschließendes Programm verabschieden muß. Die Attraktivität dieses Ansatzes wurde besonders von dem ehemaligen britischen Premierminister Edward Heath betont, der auch an dem Wiener Gründungstreffen teilgenommen hatte, aber nur um — in seiner Eigenschaft als Mitglied der Unabhängigen Kommission für Internationale Entwicklungsfragen (Brandt-Kommission) — den damals gerade veröffentlichten zweiten Bericht dieser Kommission vorzustellen.

Dies unterstreicht, daß der Aktionsrat, trotz seines geplanten innovativen Vorgehens, bei der Ausarbeitung seiner Aktionsvorschläge selektiv durchaus auf bereits verfügbare Studien zurückgreifen und an frühere Ansätze anknüpfen wird. Der Schwerpunkt wird aber auf der Formulierung praxisorientierter und realistischer Vorschläge zu den dringendsten Problemen liegen sowie von Anregungen, wie Regierungen, Organisationen und die öffentliche Meinung zur Unterstützung dieser Anliegen und der entsprechenden Maßnahmen motiviert und mobilisiert werden können. Hinsichtlich der Prioritäten führt das Wiener Communiqué der Gründungsmitglieder folgende fünf Problemkreise an, die dann im Verlauf der Aktivitäten des Aktionsrats

aufgegriffen werden dürften, wenn auch nicht alle zur gleichen Zeit:

- die von einem starken Abschwung betroffene wirtschaftliche Entwicklung und Beschäftigungssituation in Industriestaaten und Entwicklungsländern;
- der stark reduzierte Ressourcentransfer in die Länder der Dritten Welt;
- die Austauschbedingungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und die Auswirkungen des Protektionismus;
- die negativen Auswirkungen der Rüstungsausgaben auf die weltweiten Entwicklungsmöglichkeiten; und
- die Bedeutung des voraussichtlichen Wachstums der Weltbevölkerung und seine Auswirkung auf die Ernährungs- und Energieversorgung sowie auf andere Entwicklungsfaktoren.

Weiteres Vorgehen

Mitte November 1983 wird der bis dahin auf 20 bis 25 ehemalige Regierungschefs erweiterte Aktionsrat zu seiner Inauguralsitzung wiederum in Wien zusammentreten und dabei über seine weiteren Aktivitäten und die schwerpunktmäßige Ausrichtung in der Anfangsphase entscheiden. Der beim Treffen im März eingesetzte Exekutiv Ausschuß des Aktionsrats — bestehend aus dem Vorsitzenden Kurt Waldheim, Takeo Fukuda, Misaël Pastrana Borrero und Bradford Morse, der in persönlicher Eigenschaft als Generalsekretär des Aktionsrats fungiert — hat auf zwei Zusammenkünften in Wien und Tokio den Prozeß der Auswahl weiterer Mitglieder des Aktionsrats abgeschlossen und in der Folge eine Anzahl ehemaliger Regierungschefs zur Mitarbeit eingeladen. Diese Auswahl wurde unter dem Gesichtspunkt vorgenommen, daß die Zusammensetzung des Rates nicht nur regional ausgewogen sein soll, sondern auch eine adäquate Repräsentation der verschiedenen politischen Strömungen erlauben soll.

Zusätzlich hat dieser Exekutiv Ausschuß auch die inhaltlichen Vorbereitungen vorangetrieben und die oben angeführten Problemkreise weiter präzisiert. Das kleine Sekretariat, das dem Aktionsrat zur Verfügung steht, wurde gebeten, weitere Arbeiten in dieser Richtung vorzunehmen und die Ergebnisse dem Exekutiv Ausschuß Mitte September in New York bei seiner letzten Sitzung vor der Plenartagung im November zur weiteren Diskussion vorzulegen. Der Exekutiv Ausschuß wird dann dem Aktionsrat entsprechende Empfehlungen unterbreiten. Der Rat wird dann wahrscheinlich erstmals Anfang 1984 mit der Vorlage ausgewählter Vorschläge an die Öffentlichkeit treten.

Mit der Ausarbeitung der detaillierten Aktionsvorschläge wird ein aus etwa 15 hochqualifizierten Persönlichkeiten bestehender Koordinierungsausschuß betraut werden, der sich aus Vertretern von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften zusammensetzt und in dem praktisch alle Erdteile vertreten sind. Diesem Koordinierungsausschuß wird auch die Aufgabe zufallen, die Rangordnung der als besonders dringlich identifizierten Probleme laufend zu überprüfen und dem Aktionsrat entsprechende Empfehlungen zu unterbreiten.

Dabei kann sich der Koordinierungsausschuß auf Vorlagen des Sekretariats stützen, die für jedes ausgewählte Sachgebiet eine

Synopse der bereits vorliegenden relevanten Studien und Vorschläge enthalten und, darauf aufbauend, eine Synthese eines realistischen Aktionsvorschlags entwerfen. Zusätzlich wird der Koordinierungsausschuß spezifisch angeforderte Beiträge eines weltweiten, informellen Netzwerks prominenter Persönlichkeiten, Institutionen und Organisationen zur Verfügung haben.

Um eine Sensibilisierung der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Notwendigkeit der einzelnen Aktionsvorschläge erreichen zu können, wird der Aktionsrat ferner von einem etwa 10köpfigen Kommunikationsausschuß unterstützt, in dem Medien- und Kommunikationsexperten aus aller Welt mitarbeiten werden. Es wird Aufgabe dieses Ausschusses sein, für die vom Aktionsrat gesetzten Prioritäten und Aktionsvorschläge eine Informationsstrategie zu entwickeln, mit der verschiedene einflußreiche Gruppen und die Öffentlichkeit in bestimmten Ländern — vor allem in den Zielländern der hochrangigen Missionen des Rates — mit den jeweiligen Vorschlägen am effektivsten vertraut gemacht werden können.

Beide Ausschüsse werden gegenwärtig konstituiert und voraussichtlich erstmals nach der Novembertagung des Rates zusammentreten.

Alle Aktivitäten unter der Ägide des Aktionsrats ehemaliger Regierungschefs für internationale Zusammenarbeit (InterAction) werden ausschließlich aus freiwilligen Beiträgen finanziert, um die Regierungen, internationale und nichtstaatliche Organisationen, Stiftungen, Unternehmen und Einzelpersonen gebeten werden. Bislang sind dem Aktionsrat bereits Finanzmittel in beträchtlicher Höhe von den Regierungen Japans und Schwedens zur Verfügung gestellt worden, während die Regierung Österreichs die Errichtung des Sekretariats, das sich seit kurzem in Wien befindet, maßgeblich durch die Bereitstellung von Büroräumen und andere Sachleistungen ermöglicht hat und auch die Abhaltung der Novembertagung unterstützen wird. Andere Regierungen, auch aus Entwicklungsländern, haben bereits Beiträge avisirt.

Hans d'Orville □

UNCTAD: Beitritt der Bundesrepublik Deutschland setzt Verhaltenskodex für Linienkonferenzen in Kraft (31)

(Dieser Beitrag setzt den Bericht in VN 2/1979 S.69 fort.)

Durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland und der Niederlande wurden die Bedingungen für ein Inkrafttreten des Verhaltenskodexes für Linienkonferenzen am 6. Oktober 1983 erfüllt. Damit sind dem Abkommen 58 Staaten beigetreten, die 28,67 vH der entsprechenden Weltlinienschiffstonnage (in konkreten Zahlen: 20842921 BRT) entsprechen. Die Bundesrepublik und die Niederlande sind die ersten OECD-Staaten, die den Verhaltenskodex bislang ratifiziert haben.

Bei diesem Kodex handelt es sich um ein wesentliches Teilziel der Bestrebungen um eine neue internationale Wirtschaftsordnung. Er wurde geboren aus der Unzufriedenheit der Entwicklungsländer mit dem derzeitigen System der Linienkonferenzen, das in ihrer Sicht den Aufbau und die Konkurrenzfähig-